



Kriegsressourcen (I)

15.03.2006

GOMA/KINSHASA/BERLIN

(Eigener Bericht) - Die Bundesregierung kündigt die Entsendung von 500 deutschen Soldaten in die Demokratische Republik Kongo an. Dort soll die Bundeswehr für "Stabilisierungsmaßnahmen" bei den geplanten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen bereit gestellt werden. Die Regierung des Kongo hat ausländische Militärofferten mehrmals zurückgewiesen und wird jetzt von Berlin erneut unter Druck gesetzt. Im Hintergrund spielen konkrete Rohstoffinteressen deutscher Regierungsstellen eine Rolle. Dies belegen Dokumente, die german-foreign-policy.com zur Verfügung stehen. Demnach hat Berlin über mehrere Jahre die Finanzierung von Rebellenmilizen gedeckt, die einen Teil des rohstoffreichen Ostkongo abspalten und an das angrenzende Ruanda anschließen wollten. Die deutsche Außenpolitik förderte auf diese Weise den innerkongolesischen Kriegszustand, heißt es in UNO-Dokumenten. Dabei leistete auch diplomatisches Personal des Auswärtigen Amtes Unterstützung, so eine ehemalige deutsche Botschafterin. Die Bundesregierung wird auch im jüngsten Kongo-Bericht des UN-Sicherheitsrates scharf kritisiert. Über die tatsächlichen Hintergründe der jüngsten Berliner Kongo-Ankündigungen werden die Abgeordneten des deutschen Parlaments bei den bevorstehenden Beratungen über den neuen militärischen Afrika-Einsatz im unklaren gelassen.

Berlin verfügt seit 1994 über Einfluss auf ein Minenunternehmen (Somikivu) im Ostkongo, das zur Förderung seltener Rohstoffe für die Herstellung von Düsenmotoren und Raketenteilen gegründet worden war. Die von Somikivu betriebene Mine Lueshe gilt als eine der zwei wichtigsten Lagerstätten ihrer Art weltweit. Das dort erschlossene Material gehört zu den bedeutendsten Rohstoffvorkommen im Ostkongo, die seit Beginn der europäischen Kolonialherrschaft immer wieder zu Streitobjekten ausländischer Mächte wurden.

## Erwägungen

Nachdem der private Somikivu-Mehrheitseigentümer, eine deutsche GmbH [1], den Betrieb in Lueshe wegen beginnender Unruhen 1994 eingestellt hatte, zahlte ihm die Bundesregierung mehr als acht Millionen Euro Entschädigung - und erhielt im Gegenzug Ansprüche auf zukünftige Gewinne aus dem Minenbetrieb sowie einen Treuhandvertrag. Seitdem können staatliche Stellen der Bundesrepublik über die Geschäfte in Lueshe mitbestimmen - und damit über Förderung und Nutzung der international begehrten Minenressourcen. Über mehrere Jahre hin duldet Berlin die Einstellung der Fördertätigkeit. Mehrfach lehnte die deutsche Regierung auch den Verkauf des Minenunternehmens ab - wegen "außenpolitische(r) Erwägungen", heißt es in einem Schreiben des staatlichen Treuhänders, das dieser Redaktion vorliegt.

## Interessen

Die wirtschaftliche und geostrategische Bedeutung von Lueshe scheint für Berlin groß genug, dass sich die Bundesregierung auch Beschlüssen des kongolesischen Staatspräsidenten Kabila widersetzte. Laurent Désiré Kabila hatte die Abbaurechte in Lueshe bereits 1999 an ein österreichisches Unternehmen übertragen, um die deutsche Blockade aufzuheben und dem Kongo dringend benötigte Steuer- und Zolleinnahmen aus dem Minenbetrieb zuzuführen - vergeblich. "Durch dieses Verhalten sind Interessen der Bundesrepublik Deutschland nachhaltig berührt", erklärte die deutsche Seite bereits im April 2000 und kündigte an: "Den solchermaßen verursachten Schaden wird die Bundesrepublik Deutschland (...) nicht hinnehmen." Tatsächlich erklären deutsche Politiker bis heute, die Bergbaurechte an der Mine Lueshe lägen bei der deutsch kontrollierten Somikivu. Zumindest sei die Eigentumsfrage "ungeklärt", lässt Berlin verlauten.

## Faustpfand

Anstelle der Zentralregierung erlaubte man ein Jahr später deren Gegenspielern Einfluss auf Lueshe: Rebellenmilizen des "Rassemblement Congolais pour la Démocratie" (RCD). Die Sezessionisten kämpften in der Minengegend und in weiten Teilen des Ostkongo, um den Rohstoffreichtum für ihre eigenen Pfründe zu nutzen, und boten Schutz gegen Geldzahlungen an. "In einer Situation des Krieges und angesichts des Bedarfs an Mitteln, ihn zu finanzieren", heißt es in einem RCD-Schreiben, gewähre man ausländischen Unternehmen "Sicherheit". Prompt begannen in Lueshe jene Fördermaßnahmen, die sich Berlin gegenüber der Zentralregierung vorbehalten und auf der Basis ihrer angeblichen Eigentumstitel nicht aufgenommen hatte. Die Mine wurde als Faustpfand benutzt, um auf die innerkongolesischen Auseinandersetzungen materiell Einfluss nehmen zu können - mal bei der Zentralregierung, mal bei deren Widersachern.

## Bundeswirtschaftsministerium

Als Verbindungsmann zu den Rebellenmilizen trat ein ortskundiger Deutscher auf, der die Rohstoffausbeute ankurbelte, Steuer- und Zollabgaben an die Zentralregierung unterließ und mit den immensen Gewinnen ein auch in Deutschland tätiges Firmennetz aufbaute - ohne erkennbaren Widerstand des Berliner Treuhänders. Selbst die Proteste internationaler Organisationen ließen die deutsche Außenpolitik kalt. Obwohl der deutsche V-Mann Karl-Heinz Albers als einer der Hauptfinanziers des ostkongolesischen Krieges angeprangert und in Berichten der Vereinten Nationen namentlich genannt wurde, schienen deutsche Ermittlungen nicht opportun zu sein. Noch der jüngste Bericht der Kongo-Expertengruppe vom Januar 2006 kritisiert die schützende Hand, die eine deutsche Behörde über den V-Mann hielt - das Bundeswirtschaftsministerium.[2]

### **Abschluss**

Seit nunmehr fast fünf Jahren fordern die Vereinten Nationen von der Bundesregierung, Maßnahmen gegen die kriegsfördernden Umtriebe in Lueshe zu ergreifen. Aber statt das geostrategische Kongo-Abenteuer zu beenden, hat Berlin die Zerrüttung des Landes begünstigt und nimmt die Ergebnisse jetzt zum Anlass, Truppen zu entsenden - der militärische Abschluss einer Ressourcenoperation.

german-foreign-policy.com wird Sie über weitere Einzelheiten der deutschen Kongo-Operationen auf dem laufenden halten.

[1] Gesellschaft für Elektrometallurgie (GfE)

[2] Bericht der Expertengruppe für die Demokratische Republik Kongo; Security Council Document S/2006/53



Kriegsressourcen (II)

21.03.2006

GOMA/KINSHASA/GOSLAR/BERLIN

(Eigener Bericht) - Die Bundeswehr wird beim kommenden EU-Militäreinsatz in der Demokratischen Republik Kongo die Führung übernehmen. Wie Verteidigungsminister Jung mitteilt, stellt Berlin die europäische Einsatzzentrale und mit 500 Soldaten das größte Einsatzkontingent. Die Truppen sollen während und nach den für Juni vorgesehenen Wahlen "stabilisierend" in Kinshasa eingreifen. "Stabilität in der rohstoffreichen Region" nütze "der deutschen Wirtschaft", teilt der Bundesverteidigungsminister mit. Eine der wichtigsten Rohstoff-Lagerstätten Zentralafrikas ist die Mine Lueshe im Osten des Kongo, auf die staatliche Stellen der Bundesrepublik Ansprüche erheben. Zu den Unternehmen, die seit Jahren Ressourcen aus der Region beziehen, gehört eine Tochtergesellschaft der deutschen Bayer AG, H.C. Starck. Starck, einer der weltweit bedeutendsten Vorstoffproduzenten für die Hartmetall-Industrie, unterhielt jahrelang Geschäftsbeziehungen im Dickicht des kongolesischen Bürgerkriegs. In die Rohstoffjagd ist auch diplomatisches Personal des Auswärtigen Amtes verwickelt.

Wie der deutsche Außenminister gestern nach einem Treffen mit seinen EU-Amtskollegen mitteilte, sind die deutschen Bedingungen für den Kongo-Einsatz "weitgehend erfüllt". Deutsche Soldaten sollen vorwiegend auf dem Kriegsschiff "Berlin" vor der westafrikanischen Küste stationiert sein; rund 100 deutsche Fallschirmjäger werden auf einem französischen Stützpunkt in Gabun für etwaige Evakuierungen zur Verfügung stehen. Mit der Leitung der Militäraktion wird das Einsatzführungskommando in Potsdam-Geltow beauftragt, das sämtliche deutschen Truppen im Ausland koordiniert und dabei Aufgaben eines Generalstabs übernimmt. Die Regierung der DR Kongo hat nach massivem Druck am Sonntag dem Einsatz zugestimmt, eine formale Aufforderung durch die Vereinten Nationen gilt als sicher.

## Strategische Rohstoffe

Die DR Kongo verfüge "vor allem über strategische Rohstoffe (...), die für Europa wichtig sind", konstatiert der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andreas Schockenhoff.[1] Dabei handelt es sich u.a. um Vorkommen, die für die Herstellung von Düsenmotoren und Raketenteilen benötigt werden. Förderort ist die Mine Lueshe, eine der zwei bedeutendsten Lagerstätten ihrer Art weltweit. Bei der Ausbeutung der Mine nahmen staatliche Stellen der Bundesrepublik seit 1994 Teilhabefunktionen wahr [2] und widersetzten sich Anordnungen der kongolesischen Regierung. Ab dem Jahr 2000 wurde die Mine unter den zweifelhaften Schutz konkurrierender Rebellenmilizen gestellt. Das "Rassemblement Congolais pour la Démocratie" (RCD) bezahlte seinen Sezessionskrieg mit Einkünften aus dem Ressourcengeschäft. Wegen dieser Rohstoffdeals haben die Vereinten Nationen erstmals 2001 schwere Vorwürfe erhoben und verdächtigen den deutschen Organisator Karl-Heinz Albers, einer der Hauptfinanziers der damaligen Kampfhandlungen zu sein.

## Rücksprache

Trotz der Kritik der Vereinten Nationen und trotz entsprechender Interventionsforderungen der EU ging die Bundesregierung nicht gegen das Firmennetz vor, das Albers in Deutschland zur Abwicklung seiner kongolesischen Rohstoffgeschäfte aufbaute. Vielmehr war diplomatisches Personal Berlins unterstützend in Albers' Aktivitäten verwickelt. Dies bestätigen Dokumente, die german-foreign-policy vorliegen. So fungierte eine ehemalige deutsche Botschafterin [3] innerhalb des Firmennetzes als Aufsichtsrätin. In einer Außenstelle in der ruandischen Hauptstadt Kigali war sie mit operativen Geschäften beauftragt und hielt dabei Rücksprache mit dem Auswärtigen Amt. Auch Maßnahmen der deutschen Botschaft in Kinshasa kamen Albers zugute. Als die dortige Regierung nach dem Ende des Krieges die Kontrolle über den Ostkongo zu übernehmen begann und Albers Anfang 2004 wegen seiner illegalen Ressourcengeschäfte inhaftierte, intervenierte die Berliner Vertretung zu seinen Gunsten. Ein gewöhnlicher Akt der Fürsorge für im Ausland angeklagte deutsche Staatsbürger, erklären deutsche Diplomaten; Berlin habe massiven Druck ausgeübt und damit schließlich Albers' Flucht begünstigt, urteilen Zeugen gegenüber german-foreign-

policy.com.

### **Mitverantwortung**

In die Rohstoffgeschäfte der Jahre 2000 bis 2004 ist auch die Bayer-Tochtergesellschaft H.C. Starck verwickelt. H.C. Starck gilt als einer der weltweit bedeutendsten Produzenten von Vorstoffen für die Hartmetall-Industrie und erzielte im vergangenen Jahr einen weltweiten Umsatz von 920 Millionen Euro. Das Unternehmen aus Goslar gehörte bereits im Jahr 2002 zu den Firmen, deren Überprüfung wegen kriegsfinanzierender Rohstoffgeschäfte im Ostkongo die Vereinten Nationen forderten. Damals wurde der Bayer-Tochtergesellschaft "Mitverantwortung für die grauenhaften Kämpfe" im Kongo vorgeworfen, in deren Verlauf mehrere Millionen Menschen ums Leben kamen.[4] Nach massiven Interventionen gelang es dem Unternehmen, von der entsprechenden UN-Liste gestrichen zu werden. "H.C. Starck kauft derzeit keine Rohstoffe aus Zentralafrika", erklärte die Firma im Juni 2003.[5]

### **Im Sande verlaufen**

Tatsächlich trieb die Bayer-Tochter Handel mit dem von der UNO gebrandmarkten deutschen Firmennetz, bis dessen Organisator Albers 2004 Insolvenz anmelden musste. Dabei wickelte H.C. Starck seine Geschäfte teilweise über Ruanda ab und erhielt auch Rohstoffe aus dem kongolesischen Kriegsgebiet. Beschwerden, denen zufolge die Bayer-Tochtergesellschaft gegen internationale Handelsrichtlinien verstoße und zur Verantwortung gezogen werden müsse, verliefen im Sand. Zuständig für die Beurteilung der Beschwerden war das Bundeswirtschaftsministerium, das bis heute deutsche Ansprüche auf die Mine Lueshe aufrecht erhält.

### **Vorsorgepflicht**

Vor dem Hintergrund der Verwicklung Berliner Behörden und deutscher Unternehmen in die ausländische Rohstoffjagd wird das Expeditionskorps der Bundeswehr im Kongo Maßnahmen ergreifen, die in den Verteidigungspolitischen Richtlinien des Berliner Militärs "der gesamtstaatlichen Vorsorgepflicht" gewidmet sind.[6]

[1] Jung und Steinmeier werben für Truppeneinsatz im Kongo; Die Welt 17.03.2006

[2] s. dazu [Kriegsressourcen \(I\)](#)

[3] Johanna König

[4] s. dazu [Strategischer Rohstoff](#) und "[Erdöl, Kobalt, Coltan](#)"

[5] Vorwürfe des VN-Expertenpanels widerlegt; H.C. Starck-Presse-Information 27.06.2003

[6] Verteidigungspolitische Richtlinien in der Fassung vom 21.05.2003



Kriegsressourcen (III)

23.03.2006

GOMA/KINSHASA/BERLIN

(Eigener Bericht) - Wegen anhaltender Widerstände in den eigenen Reihen muss die Bundesregierung die Beschlussfassung über ihre Kongo-Operationen aufschieben. Das deutsche Expeditionskorps stehe vor einem "Kriegeinsatz", den man "nicht verniedlichen" solle, heißt es im Reservistenverband der Bundeswehrtruppen. Warnungen vor überstürzten Militärmaßnahmen äußern auch zahlreiche Parlamentsabgeordnete. Daraufhin kündigt der deutsche Außenminister "Überzeugungsarbeit" an und will den Auslandseinsatz Anfang Mai durch den Reichstag bringen. Für Unruhe sorgen Berichte, nach denen die deutsche Truppenentsendung auch dem Zugriff auf kongolesische Rohstoffe diene. Konkrete Interessen macht Berlin an den Minenvorkommen von Lueshe geltend, einer bedeutenden Lagerstätte im Osten des Landes, in der Grundstoffe für Düsenmotoren und Raketenteile gewonnen werden. Involviert sind das Bundeswirtschaftsministerium und das Auswärtige Amt. Der Geschäftsführer der mehrheitlich deutschen Firma, die die Mine ausbeutet, steht mit einer kongolesischen Organisation in Verbindung, die die UNO wegen Bruch des Waffenembargos mit Strafen belegt hat. Nach UNO-Angaben ist das Minengelände ein bekannter Rückzugsort bewaffneter Milizionäre.

Die gestrigen Verlautbarungen zum Kongo-Einsatz erfolgten unmittelbar nach dem Berliner Kabinettsbeschluss über die Verlängerung der Militäroperationen im Sudan. Damit lässt das bevorstehende Kongo-Abenteuer die im Ausland befindlichen deutschen Eingreifkräfte erneut anwachsen und strapaziert die inneren Strukturen der Bundeswehr. Gegen diese Überforderung, nicht jedoch gegen die galoppierende Militarisierung, richtet sich der gegenwärtige Unmut.

## Insurgenten

Der Kongo-Einsatz wird von einem deutschen General in Potsdam geführt werden; die EU-Truppe erhält einen eigenen Einsatzplan und eine eigene Befehlskette und untersteht nicht der UN-Mission im Kongo (MONUC). Berlin behauptet, der Einsatz werde auf vier Monate und auf die Hauptstadt Kinshasa beschränkt; Europaparlamentarier berichten hingegen von Plänen, den europäischen Truppen keinerlei zeitliche und räumliche Begrenzung aufzuerlegen. Auch ein Kongo-Einsatz der EU-Polizeitruppe zur Niederschlagung von Demonstrationen ist im Gespräch. Während der Einsatz offiziell mit der Absicht begründet wird, mögliche Unruhen während der für Juni geplanten Wahlen zu verhindern, geht aus UN-Berichten hervor, dass staatliche deutsche Stellen seit mehreren Jahren potentielle Insurgenten decken. Eines ihrer Zentren ist die Mine Lueshe, eine der wichtigsten Rohstofflagerstätten des Ostkongo.

## UN-Sanktionen

In Lueshe kooperierte diplomatisches Personal der Bundesrepublik mit Personen, die in unmittelbarer Beziehung zu einer vom UN-Sicherheitsrat mit Strafmaßnahmen belegten Organisation stehen. Die Vereinten Nationen werfen der Vereinigung "Tous pour la paix et le développement" (TPD) den Bruch des kongolesischen Waffenembargos vor; TPD-Mitglieder haben deswegen weltweites Reiseverbot, ihre Konten sollen in allen UN-Mitgliedsstaaten eingefroren werden.[1] Modé Makabuza, Bruder des TPD-Chefs und der Organisation nach UN-Angaben selbst "eng verbunden" [2], tritt seit dem 3. April 2004 als Geschäftsführer des mehrheitlich deutschen Unternehmens Somikivu auf, das bis 1999 die Bergbaurechte in Lueshe innehatte und sie seitdem trotz der Vergabe der Mine an ein konkurrierendes Unternehmen zu verteidigen sucht. Somikivu unterliegt über einen Treuhandvertrag der Kontrolle staatlicher Stellen der Bundesrepublik.[3]

## No problem

Kontakte zwischen diplomatischem Personal Berlins und der TPD sind bereits für das Jahr 2004 belegt. Damals besuchte die ehemalige deutsche Botschafterin in Ruanda, Johanna König, die Mine Lueshe. Wie aus Dokumenten hervorgeht, die dieser Redaktion vorliegen, wurde sie dabei von dem TPD-Chef und dessen Bruder Modé Makabuza begleitet. Die deutsche Botschafterin hatte zuvor für das deutsche Firmennetz gearbeitet, das den Verkauf des in Lueshe geförderten Materials sowie weiterer Rohstoffe aus dem kongolesischen Bürgerkriegsgebiet organisierte.[4] Scharfe Kritik der Vereinten Nationen und der Europäischen Union konnte ihre Tätigkeit nicht aufhalten. Dabei ließ sich die deutsche Botschafterin vom Auswärtigen Amt anleiten, heißt es in einem Sitzungs-Protokoll der von ihr beaufsichtigten Firma: "She checked with the German Foreign Office, no problem". Das "Executive Meeting" des zweifelhaften Minenunternehmens, in dem die deutsche Diplomatin gemeinsam mit Bürgerkriegsfinanziers Geschäfte wahrnahm, datiert vom Mai 2002.[5]

## Zuflucht

Seitdem hält die staatliche Kooperation der Bunderepublik mit den von der UNO gezeigten Bellizisten an. Am 10. Dezember 2005 traf ein Mitarbeiter der deutschen Botschaft in Kinshasa am Förderort der begehrten Rohstoffe ein und gab an, auf ausdrückliche Weisung des Auswärtigen Amtes nach Lueshe gereist zu sein - "in Begleitung örtlicher Mitarbeiter der Somikivu". Die "örtlichen Mitarbeiter" unterstehen Modé Makabuza und damit jenem kriegsunterstützenden TPD-Geflecht, das die UNO mit Strafmaßnahmen belegt hat. Zwei Tage nach dem Besuch des deutschen Diplomaten verjagten Truppen der regulären kongolesischen Armee fremde Milizen vom Minengelände. Die Bewaffneten aus Ruanda hatten bereits nach einem gescheiterten Bürgerkriegs-Überfall im Mai 2004 in Lueshe Zuflucht gefunden - unter den Augen des Somikivu-Geschäftsführers Modé Makabuza.[6]

## Hülle

Die deutschen Interessen an der Mine Lueshe gehen über die bloße Rohstoffausbeute hinaus und zielen auf großflächige Einflussicherung in Zentral- und Ostafrika. Lueshe liegt in Grenznähe zu Ruanda, das in der deutschen Afrika-Politik eine besondere Rolle spielt - als ehemaliges Kolonialgebiet des Kaiserreiches mit einer Berlin günstigen Infrastruktur und Elitenanbindung.[7] Angesichts der mit Berlin konkurrierenden ehemaligen Kongo-Mächte Belgien und Frankreich, die in Kinshasa weiter über Verbindungen verfügen, hält das Auswärtige Amt in Ruanda schwer angreifbare Positionen. Ähnlich die grenzüberschreitenden Operationen ruandischer Milizen bewaffneter Stoßtrupps, die in Lueshe Schutzgelder kassieren, um nach vollbrachter Arbeit den Kongo zu verlassen, so ist die Taktik der deutschen Außenpolitik verwandt: Ihre Diplomaten greifen von ruandischer Seite in die Peripherien des Nachbarlandes ein, das nach Ausweidung der Ressourcen nur noch eine staatliche Hülle ist - Beute europäischer Truppen unter Potsdamer Führung.

[1] Resolution 1596 (2005). Adopted by the Security Council at its 5163rd meeting, on 18 April 2005. Security Council Committee issues list of names of individuals and entities subject to the measures imposed by paragraphs 13 and 15 of Security Council Resolution 1596 (2005). Die UN-Bestimmungen wurden bestätigt durch die Verordnung Nr. 1824/2005 der EU-Kommission vom 09.11.2005.

[2] "Modé Makabuza (...) is (...) closely affiliated with the sanctioned civil society group TPD". Bericht der Expertengruppe für die Demokratische Republik Kongo; Security Council Document S/2006/53

[3] s. dazu [Kriegsressourcen \(I\)](#)

[4] s. dazu [Kriegsressourcen \(II\)](#)

[5] Das Protokoll datiert vom 24.05.2002. König gibt an, ihre Tätigkeit im Firmennetz Karl-Heinz Albers' am 01.07.2002 aufgenommen zu haben.

[6] Bericht der Expertengruppe für die Demokratische Republik Kongo; Security Council Document S/2006/53

[7] s. dazu [Region der Großen Seen](#)